

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1853

17.2.1853 (No. 41)

Karlsruher Zeitung.

Donnerstag, 17. Februar.

N. 41.

Vorausbezahlung: jährlich 8 fl., halbjährlich 4 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 8 fl. 30 kr. und 4 fl. 15 kr.
Einsendungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 4 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1853.

Telegraphische Depesche.

Paris, Mittwoch, 16. Febr. Der Mittheilung, die der Kaiser vorgestern den versammelten Staatsfürsprechern in Betreff einer weiteren Verminderung der Armee um 20,000 Mann gemacht hat, folgt der Vollzug auf dem Fuße. Der heutige „Moniteur“ bringt ein Ausschreiben des Kriegsministers, welches die bezüglichen Maßregeln anordnet.

Wo stehen wir?

Unter diesem Titel enthält das Januar-Heft der von Prof. Gelzer in Berlin herausgegebenen und bei J. Perthes in Gotha erscheinenden „Protestantischen Monatsblätter“ eine interessante, vom 2. Dez. v. J. datirte zeitgeschichtliche Betrachtung, aus der wir im Nachstehenden Einiges mittheilen. Der Verfasser zeichnet zunächst mit eben so viel Sachkenntnis als patriotischer Wärme und christlicher Gesinnungskraft das Bild der geschichtlichen Entwicklung seit dem Jahr 1848 und fährt dann also fort:

„Was hat Deutschland in diesen fünf wechselvollen Jahren erreicht? Was ist aus seinen Ansprüchen geworden? Bittere Enttäuschung, Todesermüdung, die Abspannung dumpfer Gleichgültigkeit und Erfüllung in Bezug auf fast Alles, was man sonst politische und nationale Lebensfragen nannte, — das ist die Antwort, die wir auf den Lippen und mehr noch in den Herzen der großen Mehrzahl lesen. Es ist bereits zu einem Gemeinplage geworden, daß nun an die Stelle der politischen Fragen die materiellen getreten seien. Man möge endlich einmal — so lautet nun die Zeitung — die Vorzüge des Bundesstaats und des Staatenbundes, der Monarchie und der Republik, die richtige Begrenzung der monarchischen Gewalt und des parlamentarischen Einflusses, und was sonst noch daran hänge, auf sich beruhen lassen; ob Erneuerung des Zollvereins, wie Preußen vorgeschlagen? ob allgemeine Zollvereinigung, wie Oesterreich sie wünscht? oder ob preussisch-norddeutscher und österreichisch-süddeutscher Zoll- und Handelsvertrag? nur darum lohne es sich jetzt noch zu streiten und zu kämpfen.“ Auch diese Sprache hat für uns nur die Bedeutung eines neuen Symptoms unserer innern Geschichte.

Und dürfen wir Dies etwa ein vereinzelt deutsches Symptom nennen? Nein, in ganz Central-Europa ist das für den Augenblick die unzweideutig vorherrschende Stimmung; sie vorzüglich half den Neffen Napoleons auf den Kaiserthron erheben, wie sie auch in jenen kleineren Grenzstaaten Deutschlands und Frankreichs, in Belgien, Holland und der Schweiz, den früheren Vorkämpfern die Spitze abgebrochen. Diese drei Grenzländer hatten dem Sturm von 1848, der Frankreich und Deutschland aus allen Fugen hob, glücklich widerstanden; die ersten Erfahrungen der letzten fünfzig oder sechzig Jahre waren dort nicht fruchtlos geblieben. Darum sprach sich der nationale Instinkt so entschieden für die Fernhaltung jedes ausländischen Einflusses aus, und diesem Instinkt verdankten jene Staaten ihre Erhaltung mitten in der politischen und sozialen Krise ihrer Nachbarländer. Ob sie die jetzt sich vorbereitende neue europäische Krise eben so glücklich bestehen werden, ob das französische Kaiserthum ihnen früher oder später nicht größere Gefahren bringen könnte, als die Februarrevolution, ist eine Frage der Zukunft, nicht der Gegenwart.

Vom dem Erdbeben, das halb Europa erschütterte, blieben zwei europäische Großmächte verschont, England und Rußland; das Heimaland der konstitutionellen und dasjenige der unbeschränkten Monarchie. Die Wogen der Revolution brachen sich an jener durch Gesetz und Erfahrung zur Freiheit erzogenen germanischen Nation, die über die Meere herrscht, und sie brachen sich an der militärischen Diktatur des slavischen Czarenthums.

Was wäre aus Europa geworden, wenn jener Charistenversuch, am 11. April 1848 die sozial-demokratische Umwälzung auch nach England hinüberzuleiten, einen eben so siegreichen Erfolg gehabt hätte, wie der Pariser Aufstand vom 24. Februar? — Einer der eifrigsten und gebildetsten deutschen Sozialisten äußerte damals nach seiner Rückkehr aus England, wo er die Lage der Dinge zu erforschen gesucht: „Der Sozialismus wird in Europa nicht eher siegen, als bis er in England durchgedrungen, und das wird er dort erst dann vermögen, wenn es ihm gelingt, die jetzt noch übermächtige Gewalt des Christenthums über die Gemüther zu brechen.“ — Ist Das nicht die Sprache Bileam's, der gegen seinen Willen segnet, wo er fluchen möchte? Jener deutsche Sozialist würdigte die wahre Bedeutung Englands und der damaligen Krise richtiger und tiefer, als manche Staatsmänner und Theologen des Continents. Daß die gesellschaftliche Freiheit in England sich bepausete, daß die aus den Erfahrungen der Jahrhunderte erwachsene gemäßigete Monarchie dort nicht von entfesselten Rotten in den Staub getreten wurde, Das erkennen wir für eine der großen providentiellen Segnungen des Jahres 1848. Hätte nur die englische Politik auf dem Festlande sich jener Bewahrung von oben und der großartigen Mission Englands überall würdig bewiesen! Aber wie sollen wir Palmerston's anfängliche Ermunterung der nationalen und liberalen Bewegung Italiens und die nachherige kalte und feige Preisgebung dersel-

ben bezeichnen? Welcher Name gebührt seiner Mißhandlung Griechenlands? und welche Schuld hat er gegen Deutschland und gegen Preußen auf seine Seele geladen! — Doch wäre es ungerecht, die Handlungsweise des Einen Ministers und die Selbstsucht und Bequemlichkeit der ihn unterstützenden Mehrheit durchweg mit den Gesinnungen zu verwechseln, die auf und neben dem englischen Throne und in den edelsten Geistern des britischen Parlaments walteten. Die beiden größten Männer, die England in den letzten Jahren (1850 und 1852) zu Grabe getragen, Peel und Wellington, dachten über mehr als einen Punkt der deutschen Angelegenheiten, so wie über die Behandlung Italiens und Griechenlands edler und wahrer, als jener begabte, aber grundsatzlose Minister des Auswärtigen. England, das ist keine Frage, hätte größer und reiner aus der Prüfungszeit der letzten 5 Jahre hervorgehen können, wenn es die hohe Bestimmung, die ihm von der Vorsehung angeboten wurde, ganz verstanden und erfüllt hätte. Es wird zu seiner Zeit für diese Versummisse büßen müssen; denn auch über Böldermoral und internationale Politik waltet die Gesetze einer ewigen Gerechtigkeit. Wo ein Glied leidet, da leiden alle mit: Das gilt auch von dem großen europäischen Staatenkörper; seine bedeutenderen Glieder sind alle mitbeheiligt, wo einige oder nur eins unter ihnen von tieferen organischen Leiden, von ernster innerer Erkrankung ergriffen werden; sie alle sind bedroht, wenn keine wahre, wenn nur eine scheinbare Heilung erfolgt.

Von diesem Standpunkt aus verdient die russische Politik — so weit man sich sonst von ihr entfernen möge — bewundernde Anerkennung. Auch wer ihre Ziele und Resultate beklagt und bekämpft, dem flößt doch ihre großartige Konsequenz Achtung, der Glanz ihrer Erfolge Staunen und ernstes Nachsinnen ein. Keine Macht in Europa hat in den letzten fünf Jahren so wie Rußland an Geltung und Einfluß in Europa gewonnen, keine darum auch eine größere Anwartschaft an die nächste Zukunft erhalten. Der unbeschränkte Beherrscher Rußlands weiß, was er will, und glaubt daran; in jenem Wissen und in diesem Glauben liegt das Geheimniß seines Charakters und die Bedeutung seines Auftretens. Er glaubt an eine providentielle Mission, Europa vor den Zerrüttungen der Revolution zu schützen; dieser Mission hat er sein Schwert geweiht. — Seit dem März 1848 legte er die Hand an sein Schwert; er zog es im Frühling 1849 gegen die ungarische Revolution; ein Jahr später drohte er, es noch einmal zu ziehen in der dänisch-deutschen Angelegenheit; man weiß, was seitdem sein Wort in der Welt gilt, auch wenn er nicht gerade die Hand an das Schwert legt. Ob er (wie Einige glauben) im Jahr 1849 zu Warschau, in Gegenwart von Fürst Schwarzenberg und General Lamoriciere, mit dem Finger auf der Karte die künftigen Grenzen Frankreichs, Preußens, Oesterreichs bezeichnete, das lassen wir dahingestellt; daß aber dieser Finger noch fortwährend höchst nachdrücklich auf den Geweben der Politik von gestern und heute ruht, daran wird auch der Blödsichtigste nicht zweifeln können.“

(Schluß folgt.)

Deutschland.

Karlsruhe, 16. Febr. Frequenz und Einnahme der großh. badischen Eisenbahn im Monat Dezember. I. Personen wurden befördert 149,027; II. Güter 305,583 Ztr. 55 Pfd. Die Einnahme beträgt: a) Personentaxen 63,254 fl. 47 kr.; b) unterwegs erholden 126 fl. 13 kr.; c) Gepäcktaxen 3768 fl. 19 kr.; d) Garantietaxen — fl. — kr.; e) Lagergebühren 32 fl. 15 kr.; f) Equipagentransport 157 fl. 37 kr.; g) Viehtransport 751 fl. 31 kr.; h) Gütertransport 148,000 fl. 38 kr. Summe der Einnahme 216,091 fl. 20 kr.

Mannheim, 14. Febr. Der Prozeß des Prof. Gerwinus soll am 24. d. in öffentlicher Sitzung des hiesigen Hofgerichts zur Verhandlung kommen.

Donauessingen, 15. Febr. Seit mehreren Wochen sah man die hiesigen Freunde der Kunst in das nahe Städtchen Hüfingen wandern, um im fürstlichen Schlosse in dem Atelier des Bildhauers K. Reich das nun bis zum Brennen des Thones vollendete Siebelfeld zu sehen, welches bestimmt ist, den Vorbau des neuen Theaters in Karlsruhe zu schmücken. Wir glauben dasselbe sowohl in der Erfindung, als in der Ausführung ein vollkommen gelungenes nennen zu dürfen. Die durch die bekannte Siebelform für die Komposition so sehr erschwerte Aufgabe wurde auf eine Weise gelöst, als wäre dem Genius des Künstlers die freie Bezwingung seiner Schwingen zu Gebot gestanden.

In der Mitte steht eine hohe weibliche Figur — die Poesie — und theilt nach beiden Seiten des Siebelfeldes den Kranz des Ruhmes aus; an ihre linke Seite lehnt sich der Liebesgott, ein kräftig gefaßter Knabe mit Bogen und Pfeil. Die beiden Gruppen zur Linken und Rechten enthalten die Korymben der Dichtkunst und der Musik. Zur Linken ist die erste Figur Schiller, der seinem Nachbar und Freunde Göthe ein so eben geschriebenes Gedicht zur freundschaftlichen Prüfung überreicht. Die dritte, in der Ecke des Siebelfeldes ausgestreckte, mit dem Arme auf seinen Berken ruhende Gestalt ist Lessing; er ist in das Leben eines Bu-

ches vertieft, um seine Verdienste nicht nur als schaffender, sondern auch als kritisch prüfender Geist anzuzeigen. Auf der rechten Seite des Feldes erblickt man zuerst den heitern, lebenswürdigen Mozart mit der Violine in der Hand. Hinter ihm und von ihm abgewendet sitzt Beethoven ernst und düster mit Ausschreiben einer Komposition beschäftigt. In der Ecke der rechten Seite, der Gestalt Lessing's auf der linken entsprechend, ruht Gluck mit seinem edlen, ritterlichen Kopfe rückwärts gegen Beethoven gewendet; eine griechische Leier in seiner Hand mag den antiken Geschmack seiner Muse bedeuten.

Sämmtliche Figuren sind edle, würdige Gestalten und den besten Vorbildern entsprechende, gelungene Porträts. Die ganze Gruppe ist lebendig und reich; die zwischen rechts und links herrschende Symmetrie, bedingt durch die architektonische Form, hat durchaus nichts Steifes oder Störendes. Wir halten dieses Werk des rühmlich bekannten Künstlers zwar für sein Schwierigstes, aber auch für sein gelungenstes, und sind überzeugt, daß wir durch dieses Urtheil die Erwartungen Derjenigen, welche die andern Werke des bescheidenen Meisters, seinen Engel auf dem Friedhofe und die Marmorfiguren an der Akademie u. z. Karlsruhe, kennen, nicht zu hoch spannen, wenn auch das Material dieser letzteren Skulpturen in dem Auge des Laien ein günstiges Vorurtheil erzeugt.

Möge nur dem Künstler bei dem Brennen dieser seiner größten Arbeit das Glück so günstig sein, als es seine Zuversicht erwartet. Die geringste Ungleichheit im Trocknen würde bei diesen Dimensionen ein Springen der Masse veranlassen und so das Produkt von langen Monaten und unermüdetem Fleiße vernichten.

Konstanz, 15. Febr. Der nach Form und Inhalt gleich tadelnswürdige Artikel über die Eisenbahn-Frage vom Bodensee in der „Allg. Ztg.“ vom 7. d. (der in Nr. 38 der „K. Z.“ einer gerechten Würdigung unterworfen wird) hat hier, also gerade an dem Orte, dessen Interessen darin am meisten geltend gemacht werden, eine allgemeine Mißbilligung, ja Entrüstung hervorgerufen. Statt Dank erntet der hier wohlbekannte Verfasser nur ernste Vorwürfe und den Wunsch, daß wir vor solchen Freunden künftig verschont bleiben mögen. Die Bewohner des Seekreises und besonders der Stadt Konstanz kennen vollkommen die Gerechtigkeit unserer hohen Regierung, und statt sich für „Stiefkinder“ zu halten, haben sie ein dankerfülltes Gedächtniß für die vielen und großen, ihnen zu Theil gewordenen Wohlthaten. Sind wir Konstanzer uns ja mit Stolz bewußt, daß Se. Königl. Hoheit unser ianigst geliebter Regent unserer Stadt Beweise von ganz besonderer Huld und Gnade gegeben hat!

Daß der Gemeinderath sich wegen baldiger Fortsetzung der Eisenbahn mit einer ehrerbietigen Petition an das Großh. Staatsministerium gewendet hat, hatte seinen Grund lediglich in den drängenden Ereignissen in der Schweiz, und beurfundet unzweideutig das Vertrauen der Bittsteller, daß die höchste Staatsbehörde begründeten Bitten zu entsprechen geneigt sei. Konstanz ist allerdings der Sitz vieler Behörden und einer starken Garnison, hat einen schönen Hafen und die wichtigen Vorrechte eines Freihafens, ist also von Seiten des Staats so reichlich bedacht, daß man sich zum größten Danke verpflichtet fühlt; außerdem hat es selbständige Hilfsquellen in seinem Handel, seinen Gewerben und Fabriken.

Dessenungeachtet ist es nicht im Aufblähen begriffen, sondern erhält eben nur das Erworbene. Die Ursache davon ist die isolirte Lage der Stadt; auf drei Seiten liegt schon jenseits des Stadtgrabens das Thurgauer Gebiet, und diese Nachbarn sind unserm Interesse nicht zugethan, wie sich erst neuerlich wieder bei den Eisenbahn-Projekten gezeigt hat, und mit dem Großherzogthum hängt Konstanz nicht allein nur auf einer Seite zusammen, sondern es entspricht auch der demalige Zustand des Verbindungswegs dem Bedürfniß der Sache nicht, obgleich nicht unbemerkt bleiben soll, daß es auch hier nicht an der Sorge der Großh. Regierung fehlt, wofür beispielsweise der im Angriff befindliche Straßenbau bei Radolphzell angeführt werden mag. Aus diesen Umständen, und da überdies die württembergische Eisenbahn mit der bald fertigen Verbindung zwischen Bruchsal und Stuttgart, die der Vollendung nahe bayrische Eisenbahn, und noch mehr die Eisenbahn-Pläne der Schweizer, Konstanz und den ganzen Seekreis von allem Verkehr auszuschließen drohen, ist es zu erklären, daß man hier der Fortsetzung der badischen Eisenbahn sehr sehnlich entgegenharrt und alle Kräfte anstrengt, um dieselbe zu beschleunigen. Der Gemeinderath hat auch, wie uns scheint, mit Recht um die Fortsetzung der Bahn von Halingen petitionirt; denn die Regierung hat ihren Entschluß zu Gunsten dieser Bahn so oft ausgesprochen, daß es nicht Sache einer Gemeindebehörde war, auf einen veralteten Wunsch zurückzukommen. Eine andere Frage ist es, ob man hier der Kinzigthal- oder der Rheinthal-Bahn den Vorzug gibt, und hierüber sei, um die vielbesprochenen Gründe nicht zu wiederholen, nur gesagt, daß man sich durch diese bestimmen läßt, die Kinzigthal-Bahn zu mehr wünschen, aber die Entscheidung hierüber vertrauensvoll dem höhern Ermessen der Regierung anheimstellt.

Wir fügen dem Vorstehenden die Bemerkung bei, daß uns auch aus andern Theilen des Seekreises ähnliche Reklamationen gegen den in Rede stehenden Artikel der „Allg.

31g." zugegangen sind, übereinstimmend in der Anerkennung der Verdienste der Großh. Regierung um den Seckreis und eben so übereinstimmend in der Verwahrung gegen die Stimme eines Ueberfessenen, der sich in so übler Weise zum Vorkämpfer für diesen Landestheil macht. „Es hat allgemein Unwillen erregt“, drückt sich u. A. ein Brief aus, „daß eine inländische Feder sich zu solchen gehässigen Ausfällen und Verdächtigungen gegen die Regierung und im Besondern gegen einen um das badiſche Finanzwesen sowohl, wie um das Volkwohl so hochverdienten und nicht bloß in Baden, sondern nicht minder im Auslande so rühmlich bekannten Ehrenmann hergeben konnte.“ D. R.)

Aus der Pfalz, 11. Febr. (Pfalz, 31g.) Heute wurden von dem einfachen kön. Polizeigerichte des Kantons Mutterstadt 5 Arbeiter aus der Zuckersfabrik des Hrn. Reihlen zu Friedensau wegen Singen des verbotenen Heckerliedes auf der Straße von Mutterstadt nach Friedensau in eine Strafe von 2 Fr. und in die Kosten verurtheilt.

Gestern Abend wurde die wegen Wuchers übel berüchtigte Wittwe Deutsch in Müßbach verhaftet.

Frankfurt, 15. Febr. (Fr. 3.) Am verwichenen Samstag waren sämtliche, beim deutschen Bundestage beglaubigte auswärtige Gesandte, sowie der österreichische Bundestags-Präsident, Hr. v. Prolesch-Dien, bei dem k. preussischen Präsidialgesandten, Hrn. v. Bismarck-Schönhausen, zu einem großen Diner vereinigt.

Ueber den Stand der Pressefrage bei der Bundesversammlung wußten Zeitungen Verschiedenes mitzutheilen. Wie man von glaubwürdiger Seite vernimmt, so beschäftigt sich der sog. politische Ausschuß der Bundesversammlung gegenwärtig mit einer Revision des Entwurfs von Pressnormativbestimmungen, welchen diese Blätter bereits mittheilten, und zwar mit Zugrundelegung der Rückäußerungen, welche von den Regierungen darüber eingegangen sind.

Die Frage der Erhöhung der Bundeskontingente dürfte, wie verlautet, schon in einigen Wochen zum Abschluße gelangen. Die Vorarbeiten zu ihrer Erledigung durch die Bundesversammlung hat der Militärausschuß, wie man vernimmt, beendigt.

Von der Elbe, 10. Febr. (Wes. 3.) Der Direktor des Berliner Zentralvereins für deutsche Auswanderung und Kolonisation, Regierungsrath Gäbler, hielt vorgestern in Hamburg in der deutschen Auswanderungsangelegenheit eine Konferenz ab, welche auch die hannoversche Regierung durch einen Kommissar besuchte. Hamburger Seits wurde dazu der hanseatische Bundestags-Gesandte, Senator Kirchenpauer, delegirt; außerdem wohnen ihr noch der Sekretär des Hamburger Kommerziums, Dr. Soeber, der Vorsteher des Hamburger Auswanderungsbureau's, Hr. Damenhorst, und der Redakteur der „Hansa“ bei. Gegenstand der Beratung war die Umrang und Zentralisirung der deutschen Auswanderung. Zunächst freilich handelte es sich darum, für das Passagier- und Agenturwesen übereinstimmende Formen hervorzuheben, und wir erfahren, daß Preußen, Hannover, Hamburg und Bremen am Vorabend einer dahin gehenden Besetzung stehen.

Berlin, 13. Febr. Wir haben bereits das Resultat der Verhandlungen der Zweiten Kammer über den v. Waldbott'schen Antrag (die Jesuitenmissionen und den Jesuitenunterricht betr.) mitgetheilt und auch eine Uebersicht über den Gang gegeben, den dieselben genommen. Bei dem hervorragenden Interesse, welches der Antrag in Anspruch genommen hat, scheint es am Drt, nochmals auf die Verhandlungen zurückzukommen und einiges Nähere aus denselben nachzutragen.

Der Berichterstatter, Abg. v. Gerlach, wünscht, daß der fragliche Antrag wegen seiner großen Wichtigkeit ausführlich besprochen werde; schwerlich werde irgendwo anders eine solche freie Beratung stattfinden können, als hier; dieses sei nur in England, in Preußen, in protestantischen Ländern allein der Fall, nicht in Spanien, nicht in Frankreich. Auf die angegriffenen Erlasse, welche die Abhaltung der Missionen und die Niederlassung der Jesuiten beschränken sollen, übergehend, gibt der Redner zu, daß sie unter der katholischen Bevölkerung eine große Aufregung hervorgeufen hätten; allein es sei eine der besten Märzerrungenschaften, daß die Regierung sich vor einer bloßen Aufregung nicht mehr fürchte. Auch die protestantische Kirche habe Beschwerden; eine bürokratische Regierung könne nicht anders, als die Freiheit der Kirche verletzen. Schon vor der Stellung des Antrags habe die Regierung eine Erläuterung der misshandelten Erlasse ergehen lassen; es stehe nach den Ausführungen im Kommissionsberichte fest, daß die Erlasse nicht die katholische Religion irgendwie verletzen, sondern bloß polizeiliche Maßregeln anordnen sollten. Von einer Zurücknahme derselben könne keine Rede sein, da die Regierung dadurch ihr zusehende Rechte aufgeben würde.

v. Waldbott (Der erste Unterzeichner des Antrags): Der Antrag sei entstanden aus dem Gefühl des verletzten Rechts, und es sei Pflicht der Kammer, für das verletzte Recht aufzutreten. Man sage nun, die Erlasse seien nicht verstanden worden; wäre Dieses der Fall, so müßten alle Regierungspräsidenten, alle Landräthe, die gesammte Presse dieselben falsch verstanden haben; wenn Dieses der Fall sei, dann verheße sie, wer wolle. Zu beklagen sei, wenn höhern Orts dadurch Zwietracht gesät worden sei; allein wenn man die Katholiken auch dadurch ablösen wollte vom preussischen Herzen, so werden diese es nicht zugeben.

Der Minister des Innern: Durch die Erlasse, welche nie zur Veröffentlichung bestimmt gewesen, über deren Veröffentlichung er sich aber freuen, sollte den Katholiken keineswegs eine Beschränkung auferlegt werden. Es sei den Behörden außerdem die größte Besorgsamkeit anempfohlen worden. Die Thatsache, daß in allen Provinzen Missionen stattgefunden haben, stehe fest; die Regierung habe sie also nicht verboten; aber entäußern dürfe sich dieselbe auch nicht ihres Aufsichtrechtes.

v. Bethmann-Hollweg: Es handle sich heute um nichts Gerings, sondern darum, Gerechtigkeit zu üben, Frieden zu stiften, Frieden zu säen. Theilweise habe er die Beschränkungen durch die Erlasse begründet, sei aber deßhalb weit entfernt, dem Ministerium einen Vorwurf zu machen; man wisse ja, wie dergleichen Erlasse ge-

fertigt werden. Die Erklärungen des Ministers seien ihm überdies genügend; eine Adresse an den König habe er nicht für gerechtfertigt, weil dadurch sich die Kammer eindringen würde in das Vertrauen des Königs zu seinen Ministern. Dagegen beantrage er, das Staatsministerium um nochmalige Prüfung der Erlasse im Interesse der verfassungsmäßigen Religionsfreiheit und des konfessionellen Friedens zu ersuchen.

Abg. Reichensperger (Kritik): Durch die Erlasse seien die letzten Tage des kürzlich verstorbenen großen Kirchenfürsten (Diepenbrock) mit einem Trauerschleier überdeckt worden. Unter dem Volke selbst lebe nicht eine so große konfessionelle Erbitterung; denn damals, als der h. Rod in Triest aufgestellt worden, als eine Million Gläubiger hinlerte, habe das protestantische Volk sich sehr tolerant gezeigt und wenigstens indirekt an der Andacht Theil genommen. Man stehe hier nicht vor einer konfessionellen Frage, denn diese überlasse man den Bischöfen, sondern vor einer rein politischen Rechtsfrage, die nach den Gesetzen entschieden werden müsse. Das Verfahren anderer Regierungen könne nicht einen Grund abgeben für das Verfahren der preussischen Regierung, namentlich gegenüber vertriebenen Rechten. Die Zurücknahme der Erlasse sei die unerlässliche Pflicht der Regierung. Die Adresse an den König sei beantragt, weil Dies der würdige Weg sei, die Sache zu erledigen. An die Minister sich zu wenden, würde Nichts helfen. Von allen Seiten habe man sich bereits an sie gewandt. Der Redner erinnert an das religiöse Zerwürfniß von 1837, das durch den Regierungsantritt des Königs geschlichtet worden. Seitdem sei Nichts geschehen, was das Vertrauen Sr. Maj. zu den Katholiken hätte erschüttern können. Er macht den Vorwurf, daß in Preußen die Beamtenstellen, Orden, Ehren, Würden etc. zwischen Protestanten und Katholiken sehr ungleich vertheilt seien. Davon abgesehen, so müßte wenigstens das geschriebene Recht der Kirche gewahrt bleiben. Er fürchte, die Pressefreiheit werde den Antrag verwerfen; allein die Minderheit baue auf den Spruch: Groß ist die Wahrheit, und sie wird siegen.

v. d. Hagen spricht über die Jesuitenmissionen in Danzig, durch welche ein Tumult entstanden und es nothwendig geworden sei, daß die Behörde Maßregeln dagegen getroffen. In den Provinzen mit überwiegend katholischer Bevölkerung mögen die Missionen segensreich sein. In gemischter Bevölkerung, wo namentlich auch gemischte Ehen bestehen, sei dadurch viel Zerwürfniß hervorgerufen. Er schließt mit dem Ausspruch: Jedem das Seine.

Wenzel (liberal) spricht als Protestant und vom Standpunkte der Linken aus für den Antrag. Derselbe könne vom konfessionellen Standpunkt aufgefaßt werden. Er und seine politischen Freunde faßten die Frage vom rechtlichen Standpunkte auf, nachdem Juden und Dissidenten, sowie Katholiken und Protestanten gleichmäßig Staatsbürger und mit dem Recht auf Glaubensfreiheit ausgerüstet wären. Die Form der Adresse könne Zweifel erregen. Sie sei aber zulässig und werde von den Antragstellern gewünscht. Er würde der Adresse zustimmen, wenn sie das allgemeine Recht der Glaubensfreiheit für jeden Staatsbürger ausprüche, in keinem andern Falle. Es müße die Adresse eine Berufung auf die Verfassung enthalten und den Fall nicht als einen bloß konfessionellen betrachten. Die evangelische Kirche habe auch große Beschwerden. So lange man das Territorialsystem in ihr aufrecht erhalte, entbehre sie der Freiheit.

Der Kultusminister v. Kame r: Die Regierung habe nur gethan, was zur Erhaltung des konfessionellen Friedens nöthig gewesen; ein anderer Sinn sei nicht in die Erlasse hineinzulegen, welche keine allgemeine Verbote enthalten. Die Regierung habe den Behörden die größte Vorsicht und Milde, die zarteste Berücksichtigung aller Verhältnisse anempfohlen, und er glaube behaupten zu können, daß Dieses auch in der größten Zahl der Fälle geschehen sei. Die Maßregeln seien keineswegs ergriffen worden, um der evangelischen Kirche zu einer Größe zu helfen. Solcher Mittel bedürfe dieselbe nicht; seit langen Jahren gehe durch die evangelische Kirche ein heiliger, ewiger Geist. Die Jesuitenmissionen hätten bisher keinen andern Erfolg gehabt, als die evangelische Kirche zu neuer Wachsamkeit und Liebe aufzufordern. Die Regierung werde auf diesem Wege verharren. Auch die katholische Kirche stehe in Preußen im Zustande der Blüthe. Die katholischen Mitglieder werden zwar in Bielefeld nicht mit ihm übereinstimmen; aber er fordere sie auf, ihren Vätern zu sagen, daß die Regierung keine bösen Absichten habe, keine Absichten der Unterdrückung gegen die katholische Kirche.

Graf Stolberg-Westheim: In Preußen sei in ganzen Provinzen vom Oberpräsidenten bis zum Landrathe kein einziger Katholik angestellt, und überhaupt von Minister ab bis zum Landrathe nur 108 Katholiken. Dieses sei ein Mißtrauen, welches Preußen verändere, sich in seiner Größe zu entwickeln. Die Bewohner des Westens könnten nicht Preußen mit Herz und Frieden sein. (Großer Widerspruch rechts; Ruf: Herunter.) Der Präsident bemerkt dem Redner, daß die von ihm bisher gebrauchten Ausdrücke geeignet seien, die Aufregung zu erregen.

Reichensperger: Die Kirche müsse thatsächlich frei sein. Die Söhne der Kirche fordern diese Freiheit nicht als Almosen oder als Bettler, sondern auf Grundlage einer hundertsährigen Geschichte, auf Grundlage der Verfassung und königlicher Worte. Kein Katholik habe jene Worte vergessen; aber der Dank, der dafür vom Oberhaupt der Kirche im voraus ausgesprochen worden, sei noch nicht verdient, die Dotation der katholischen Kirche sei noch nicht verwirklicht. Schließlich erwähnt der Redner die Abgeordneten, im Interesse der christlichen Freiheit zusammenzutreten, ohne Rücksicht darauf, ob es einem Ministerium lieb sei oder nicht.

Der Unterrichtsminister fordert wiederholt zum Vertrauen zu dem König und zu der von ihm eingesetzten Regierung auf. Die Versammlung schreitet nach neunhündiger Beratung zur Abstimmung.

Für den Antrag stimmen die katholische Fraktion und die Linke, dagegen die Rechte und die Partei Bethmann-Hollweg; derselbe wird mit 175 gegen 123 Stimmen verworfen. v. Bethmann-Hollweg zieht seinen Antrag zurück.

Berlin, 14. Febr. Gestern war am königl. Hofe in Charlottenburg Familientafel, an welcher sämtliche hier anwesende Prinzen und Prinzessinnen des königl. Hauses Theil nahmen. Am Abend erschienen die Prinzen Friedrich Wilhelm und Adalbert nebst der Frau Fürstin von Liegnitz im Friedrich-Wilhelmstädtischen Theater. J. J. M. der König und die Königin besuchten heute Abend die Vorstellung in dem neuen Königstädtischen Theater, wo die jüngste Posse von Kalisch, „Müschhausen“, nun schon fünfzehmal fast ununterbrochen hinter einander ein volles Haus gemacht hat.

Die höchsten Herrschaften haben für heute die Aufführung des Stückes besonders befohlen.

Nach den höchst anstrengenden Verhandlungen der letzten Woche, wo die Sitzungen in der Regel 6 — 7 Stunden dauerten, hat die Zweite Kammer die Wiederaufnahme ihrer Beratungen bis zum nächsten Donnerstag ausgesetzt. Die Arbeiten der Budgetkommission nehmen einen so raschen Fortgang, daß wahrscheinlich schon Anfangs nächster Woche die Plenarberatung über den Staatshaushalts-Etat wird beginnen können. Die Gemeindeordnungs-Kommission der Ersten Kammer hat in ihrer letzten Sitzung beschlossen, dem Plenum die Zustimmung zu dem von der Zweiten Kammer angenommenen Amendement des Abg. v. Mallinkrot zu empfehlen. Bekanntlich macht dies Amendement zu der beschlossenen Aufhebung der Kommunalgesetzgebung vom 11. März 1850 den Zusatz: daß die früheren Gesetze über die Gemeinde-, Kreis- und Provinzialverhältnisse so weit wieder hergestellt werden sollen, als sie mit den Bestimmungen der Verfassung nicht in Widerspruch stehen. Nimmt die Erste Kammer diesen Antrag an, so wäre damit ein übereinstimmender Beschluß beider parlamentarischen Körperschaften in dieser wichtigen Frage erzielt.

Mit Bezug auf die am Sonnabend stattgehabte Debatte über den v. Waldbott'schen Antrag gibt sich hier in weiteren Kreisen eine entschiedene Mißbilligung darüber kund, daß die katholisch-kerikale Fraktion den Antrag nicht zurückgezogen, nachdem die Regierung eben so beruhigende als versöhnliche Erklärungen hinsichtlich der Ministerialerlasse vom 16. Juli v. J. abgegeben hatte. Man legt seinen Tadel um so offener an den Tag, als damit der ganzen Frage die politische Bedeutung genommen war, und nur noch die konfessionelle Seite übrig blieb, welche denn leider auch bei der Debatte mit wachsender Erbitterung ausgebeutet wurde. Angesichts dieses Umstandes wird es vielfach bedauert, daß zunächst der Berichterstatter und dann die Regierung nicht mit noch größerem Nachdruck die ungewisse Rechtsfrage in den Vordergrund gestellt haben.

Der innere Ausbau des königl. Schauspielhauses ist jetzt so weit vollendet, daß Mitte März darin die Vorstellungen wieder beginnen werden. Die nunmehr seit einem halben Jahr andauernde Beschränkung der theatralischen Vorstellungen auf das Opernhaus hat eine nicht unbedeutende Verminderung in den Einnahmen der Theaterkasse hervorgerufen. Dies um so mehr, als gerade im laufenden Winter die Schaulust in Berlin in ganz ungewöhnlichem Maße sich gesteigert hat. Wir verweisen nur auf die einfache Thatsache, daß jeden Abend drei größere Theater und zwei Zirkus von Besuchern gefüllt sind.

Berlin, 14. Febr. Aus Wien ist die förmliche Ratifikation des zwischen den beiderseitigen Kommissarien in der Zollsache vereinbarten Vertragsentwurfs noch nicht eingetroffen. Aber bis Ende dieser Woche wird allen Anzeichen nach die Entscheidung erfolgen. Von einer Rüstungsmaßnahme, welche in Bezug auf die Verständigung zwischen Preußen und Oesterreich bereits an die beiderseitigen Gesandten und Geschäftsträger bei den betreffenden deutschen Höfen erlassen wäre, weiß man hier Nichts. Es wäre eine derartige Kundgebung auch wohl um so weniger an ihrer Stelle, als bis zum erfolgten Abschluß zwischen Wien und Berlin noch gar kein offizielles Aktenstück zu weiterer Mittheilung vorhanden ist.

Breslau, 12. Febr. Es ist hier augenblicklich eine eigenthümliche Sammlung im Werk. In der Pfarrkirche zu Trebnitz ruhen seit mehr als 600 Jahren die Gebeine der Landespatronin von Schlesien, der heil. Hedwig; ihr Kopf wird absonderlich in einem reich geschmückten Kästchen aufbewahrt. Aus diesem Kästchen nun wurden, als man im Jahr 1843 das 600jährige Jubiläum der Heiligen beging, die daran befindlichen Perlen herausgehoben, um durch deren Verkauf die Kosten der Feier zu bestreiten. Diese Perlen befinden sich noch in der Hand des damaligen Käufers, und die Sammlung, deren ich eben erwähnte, hat den Zweck, eine Summe von 190 Thln. zusammenzubringen, mit welcher der Rückkauf derselben bewerkstelligt werden soll.

Wien, 12. Febr. Der bisherige Kommandant des 3. Armeekorps, F. M. L. Kiroldi, an dessen Stelle der bisherige Kriegsminister F. M. L. Czorich tritt, ist zum überzahligen Oberleutnant der 1. Arcieren-Leibgarde ernannt worden. Das Kriegsministerium wird wahrscheinlich völlig in eine bloße Verwaltungsstelle umgewandelt; thatsächlich war es im Grund seit dem Bestand der Militär-Zentral-Operationalkanzlei Sr. Maj. des Kaisers, an deren Spitze der F. J. M. Hof steht, nicht viel mehr. — Der Verwaltungsrath der Dampfschiffahrt des österreichischen Lloyd in Triest hat vom 3. Febr. d. J. an die bisher wöchentlich einmalige Fahrt zwischen Triest, Zara und dem übrigen Dalmatien um eine zweite in jeder Woche vermehrt.

Wien, 12. Febr. Der Aufauf in Mailand ist zwar nur auf die Stadt selbst beschränkt geblieben, war aber doch von größerem Umfang, als man anfänglich geglaubt. Die Zahl der Verwundeten (54) und der Todten (12) vom k. l. Militär setzt eine sehr bedeutende Masse von Meuterern voraus, und Radegky's strengste Maßregeln beweisen, daß die Sache nicht für unbedeutend gehalten wird. Als besonders praktisch wird die Bestimmung in dem betreffenden Erlaß des greifen Helben angesehen, daß die Gemeinde zum Schadenersatz, in so fern ein solcher möglich, verpflichtet wird. Mailand muß für die Hinterbliebenen der Ermordeten sorgen und die Zukunft der beim Ueberfall Verwundeten sicherstellen. Man hört allgemein den Wunsch ausprechen, daß überhaupt alle Gemeinden als haftbar für den Schaden erklärt würden, welchen ihre Angehörigen durch Aufruhr anstellen, in derselben Art, wie ein Hausvater für den Schaden haftet, den seine Familienmitglieder stiften. Die Gemeinde ist ja eine erweiterte Familie.

In Bezug auf die Mailänder Wirren ist gestern die „Presse“ (wie schon telegraphisch berichtet) von der „Wien-Zeitung“ verleugnet worden, weil sie die auswärtigen An-

hister der Meuterei in Paris gesucht. Die „B. Z.“ bemerkte dazu, daß weder aus Mailand, noch aus Paris Berichte vorliegen, die zu einer solchen Annahme berechtigen. Der französische Gesandte soll sich über die „Presse“ beschwert haben, deren Haltung ihm schon mehrfach Anlaß zu Äußerungen des Mißvergnügens gegeben.

Die Mailänder Vorfälle verleihen einem kleinen Zuge Bedeutung. Zu Mailand hat im Jahr 1848 ein Kaffeehändler, Gandini, sich mit aufopfernder Selbstverleugnung der kaiserlichen Sache getreu erwiesen. Der Mann ist jetzt durch den Haß der Mailänder an den Bettelstab gekommen, und der bekannte Volkschriftsteller Hans Jörgel von Speising (Rechnungsrath Weis) hat einen Aufruf an die Offiziere erlassen, für den getreuen Mann etwas zu thun. Der Kaiser, als Kriegsherr, hat augenblicklich 500 fl. R.-M. gezeichnet. Zweifelsohne wird die Sammlung sehr reichlich ausfallen.

Oesterreichische Monarchie.

* Die „Oesterr. Korresp.“ vom 12. d. theilt folgende Nachrichten aus der Lombardie mit:

So viel aus den bisherigen Mittheilungen über die Ereignisse des 6. Febr. in Mailand sich entnehmen läßt, fielen die verbrecherischen Angriffe in den Zeitraum von 5 bis 9 Uhr Abends. Ein zur Eisenbahn fahrender Omnibus wurde gleich anfänglich bei der Porta Tosa von einer Rote angefallen, umgestürzt und die darauf befindlichen Passagiere wurden beraubt. Während ein Haufe sich auf die Hauptwache warf, wobei Offiziere und viele von der Mannschaft verwundet wurden, verübten einzelne Abtheilungen der Meuterer den meuchlerischen Angriff auf das Militär in den verschiedenen Straßen. Auch Verfühe, Barricaden zu errichten, wurden gemacht. Eine erschöpfende und übersichtliche Darstellung der Vorgänge ist in diesem Augenblicke noch nicht möglich. Im Wege des handrechtlichen Verfahrens, welches nach den zuerst vollzogenen sieben *) Erekutionen festgesetzt wurde, sind am 10. Febr. vier Schuldige mit dem Strange hingerichtet worden. In Mailand und der Provinz herrschte am 11. und 12. d. M. die größte Ruhe. Nach einer telegraphischen Mittheilung aus Verona vom 12. d. M. wurde aus Mailand gemeldet, daß aus piemontesischem Gebiete 700 Emigrirte, die sich bei Stradella gesammelt hatten, von piemontesischen Truppen entwaffnet und dann nach Boghera konfiskirt wurden. Die offizielle piemontesische Zeitung vom 10. d. M. theilt das von Mazzini erlassene Manifest, und in Folge dessen die Regierungsverordnung mit, Jeden zu verhaften, der die Grenze zu überschreiten veruchen sollte. In Piemont blieb nach Verlesung derselben Zeitung Alles ruhig. Die Grenzen bei Ravellone sind von piemontesischer Kavallerie besetzt.

Frankreich.

* Paris, 15. Febr. Der „Moniteur“ enthält heute einen langen Bericht über die gestrige Festlichkeit, mit sorgfältiger Aufzeichnung alles dessen, was die Seite der Etiquette betrifft. Als ein Zwischenfall mag erwähnt werden, daß der Graf v. Haussonville (bekannt durch seine Berieselung in der Angelegenheit des „Bulletin français“ zu Brüssel) auf der Straße, wo die Wagenreihe des gesegneten Körpers fuhr, verhaftet wurde, weil er mit seinem Wagen trotz aller polizeilichen Abmahnung durch den Zug hindurchfahren wollte. — Villot, der Verfasser der „fränkischen Briefe“, rekonstruirte heute gegen den „Constitut.“ Er nennt Hrn. Cesena „Engländer“ — der ärgste Schimpf, den er ihm glaubt anthon zu können. — Der gesetzgebende Körper hielt heute eine Sitzung, worin fast einzig formelle Dinge vorkamen.

Spanien.

* Madrid, 10. Febr. Man behauptet, daß von 303 *) Die frühere Nachricht, daß neun handgerichtliche Hinrichtungen stattgefunden hätten, ist unrichtig. D. R.

Deputirten 244 dem Ministerium, und 59 der Opposition angehören. 34 Wahlen kannte man noch nicht.

Belgien.

Brüssel, 11. Febr. (R. Z.) Wie mir aus glaubwürdiger Quelle versichert wird, geht die Regierung ernstlich mit dem Gedanken um, den bekannten General Chazal nach Petersburg als Gesandten zu schicken. Man will hiedurch einen Doppelzweck erreichen. Einerseits würde Chazal bei seinen Bekannten, eben nicht sehr liberalen und verfassungsfreundlichen Gesinnungen am Petersburger Hofe eher als jeder andere belgische Diplomat eine angenehme Persönlichkeit sein, andererseits würde dadurch eine gewisse Beruhigung der öffentlichen Meinung gegeben, welche sich immer mehr über die Anwesenheit französischer Offiziere in der belgischen Armee beunruhigt und auf deren Entfernung bei dem so wahrscheinlich nahe bevorstehenden Kampf mit Frankreich dringt.

Am 9. April erreicht der mutmaßliche Thronerbe, der Herzog von Brabant, sein achtzigstes Lebensjahr, welches Alter ihm der Konstitution zufolge die Majorität gibt.

Großbritannien.

London, 12. Febr. Im Unterhaus wird das Marinebudget am 18. d., die Frage von der Judenemanzipation am 25. zur Verathung kommen.

Die „Times“ will wissen, daß das oesterreichische Kabinet bereits den andern Mächten diplomatische Mittheilungen über seine Haltung in der Montenegrofrage gemacht hätte. Der englische Geschäftsträger aus Konstantinopel war dahin instruit, gegen die türkische Expedition Vorstellungen zu machen, ohne damit Erfolg zu haben. Die „Times“ sieht es als ein Glück an, daß Lord Strafford ebenfals auf seinen Posten nach Konstantinopel zurückkehren wird, obgleich seine Urlaubszeit noch nicht abgelaufen. Wenigleich die Forderungen des österr. Kabinetes zu Konstantinopel im Ganzen zu billigen sind, so befürchtet die „Times“, daß die Mission des Grafen Leiningen schwerlich den erwünschten Erfolg haben würde. Es wäre sehr unwahrscheinlich, daß die Pforte die Montenegriner in ihren früheren Verhältnissen lassen würde. Lebrieger schien das Wiener Kabinet hier keineswegs im Sinne Rußlands zu handeln, indem sein Auftreten gerade durch die Besorgnis vor dem russischen Einfluß über die südlichen Slavenstämme mit veranlaßt wäre, da der Besitz des Donauthales vor Allem eine oesterreichische Frage wäre.

Ufen.

* Die letzte Ueberlandpost brachte Nachrichten aus Hongkong vom 27. Dez., wornach der Gouverneur Su einen bedeutenden Sieg über die Insurgenten in China davontrug; zu Canton wurden 120 Gefangene mit dem Strange hingerichtet.

Neueste Post.

* Die englische Presse fährt in ihrer verurtheilenden Besprechung der Mailänder Ereignisse fort. Das Organ des Ministeriums, der „Morning Chron.“ nennt sie das tolle Werk von „Agitatoren von Profession“, welche sich persönlich um die Folgen nicht kümmern, die ihre rhetorische Ueberreizungen nach sich ziehen können.“ Selbst radikale Blätter, wie „Examiner“, können bei allem Haß gegen die oesterreichische Regierung nicht umhin, wenigstens die Kopfsichtigkeit des Unernehmens zu züchtigen.

Die neueste Nummer der „N. Preuß. Zig.“ ist mit Beschlag belegt worden.

Eine tel. Dep. des „Fr. Sitzang.“ meldet aus Breslau, 14. d.: Das seit gestern Mittag eingetretene und noch fortwauernde Schneetreiben hat den Eisenbahn-Verkehr, besonders in Obereschlesien, völlig gehemmt. Gestern Abend sind die Personenzüge noch, wiewohl sehr verspätet, eingetroffen. Von Myslowitz konnte heute früh der Zug gar nicht abgehen. Die von Breslau, Neiße und Oppeln abgegangenen Züge sind unterwegs liegen geblieben. Der Postzug nach Wien

am 1 Uhr nicht abgehen. Die Güterzüge sind schon seit gestern eingestelt.

Dem „Fr. Z.“ zufolge sind am 13. d. zu Leipzig vier Kinder, die man allein gelassen und eingeschlossen hatte, ersticht und durch Brand verlegt worden.

Nach der „N.-Zig.“ soll dem Wiener Zollkongress bereits die amtliche Meldung zugegangen sein, daß die Hauptpunktionen eines Handelsvertrags zwischen Oesterreich und Preußen zum Abschluß gekommen seien.

Nach Turiner Blättern wurden die Verhaftungen in Mailand in dem ausgedehntesten Maßstab vorgenommen. Die Stadt gleicht einem Heerlager. Die Häuserbesitzer, vor deren Wohnungen das Pflaster aufgerissen worden ist, müssen dasselbe auf eigene Kosten wieder herstellen lassen. Der Verkehr mit dem Ranton Tessin ist immer noch abgesperrt; doch schmeicheln sich die Schweizerblätter, daß die Maßregel nicht gegen Tessin gemeint sei, sondern nur die Flucht der Kompromittirten betreffe, und dann auch in drei bis vier Tagen aufhören werde.

Aus Novara (Königr. Sardinien) 10. d. wird gemeldet, daß die an der lombardischen Grenze verweilenden Flüchtlinge den Befehl erhalten haben, sich nach Verelli und Casale zurückzugeben. Der Polizeidirektor zu Turin hat eine Bekanntmachung erlassen, der zufolge alle politischen Flüchtlinge, die in der sardinischen Hauptstadt verweilen, sich auf der Polizei melden müssen, um ihre alten Aufenthaltskarten abzuliefern und neue zu erhalten, falls sie sich über ihr Wohlverhalten ausweisen können. Ferner darf kein Flüchtling in Zukunft mehr die von ihm bewohnte Gemeinde ohne schriftliche Erlaubnis verlassen; auch muß jeder Flüchtling, der seine Wohnung ändert, die Polizei binnen 24 Stunden davon in Kenntniß setzen. Diejenigen, die gegen diese Vorschriften handeln, können verhaftet und auch ausgewiesen werden. In Genua sind ähnliche Maßregeln angeordnet worden.

Frankfurter Kurszettel. 15. Febr.

(Aus dem Kursbericht vom Syndikat der Wechselbank.)

Staatspapiere.		per complant.
Oesterreich.	Wiener Bankanleihen	1524-27 bez. 26 G.
"	5 1/2 % Metalliquesobligationen . . .	86 bez. u. G.
"	4 1/2 %	76 3/4, 77 1/2, u. G.
"	4 1/2 %	69 1/2, P. 69 G.
"	fl. 250 Loose b. Rothsch. v. 1839	128 bez.
"	fl. 500	198 G.
Preußen.	3 1/2 % St.-Sch. Scheine à 105 fr.	94 1/2 P.
"	Röln-Mind-Eisenb.-Akt. ex D.	118 G.
Bayern.	5 1/2 % Oblig. v. 1850 b. Rothsch.	101 1/2 P.
"	3 1/2 %	93 1/2 G.
"	4 1/2 % Subwagh.-Verb.-Eisenb.-Akt.	103 1/2, etw. 104 bez.
Württemberg.	4 1/2 % Oblig. b. Rothsch.	102 P. 101 3/4 G.
"	3 1/2 %	91 1/2, P. 91 G.
Baden.	5 1/2 % Oblig.	103 P. 102 1/2 G.
"	4 1/2 %	104 P.
"	3 1/2 % Oblig. v. 1842	92 1/2, P. 3/8 b. u. G.
"	Korr.-Anl. à fl. 50	68 3/4 G.
"	„ „ „ „ „ „ „ „ „ „	40 P. 39 1/2 G.
Kurlessen.	40 Lp. Loose b. Rothsch.	36 1/2, P. 1/4, bez. 1/8 G.
Dr. Preuss.	Fr.-Wbh.-Nordb.-Akt. ohne Zins.	51 1/2 G.
"	4 1/2 % Oblig.	101 1/2, P. 1/2 G.
"	„ „ „ „ „ „ „ „ „ „	98 1/2 G.
"	3 1/2 %	92 1/2 G.
"	Korr.-Anl. à fl. 50 b. Rothsch.	96 P. 95 3/4 G.
"	Großh. à fl. 25 b. Rothsch.	—
Raffau.	5 1/2 % Oblig. b. Rothsch.	103 1/2 G.
"	4 1/2 %	100 P. 99 3/4 G.
"	3 1/2 %	92 1/2 G.
"	Korr.-Anl. à fl. 25 b. Rothsch. . . .	28 1/2, P. 27 1/2 G.
Rußland.	4 1/2 % Obl. b. Baring in Lfd. à fl. 12	102 1/2 G.
"	4 1/2 % „ „ Hope in Rub. à fl. 2	91 1/2 G.
"	4 1/2 % „ „ Stieglitz	91 1/2 G.
Spanien.	3 1/2 % inland. Sch. Pfaz. à fl. 2.30	42 1/2, P. 3/8 G.
Poland.	2 1/2 % Integ.	64 1/2 G.
Belgien.	4 1/2 % Obl. in Frs. à 25 fr.	99 1/2, P. 98 1/2 G.
Sardinien.	5 1/2 % Obl. b. Rothsch. in Lire à 25 fr.	97 1/2, P. 97 G.
Losana.	5 1/2 % Oblig. v. 1850	101 1/2 G.
N. Amerika.	6 1/2 % Staatsrückzhl. 1868 Doll. 2.30	117 1/2 G.

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Ferm. Kroenlein.

Großherzogliches Hoftheater.
Donnerstag, den 17. Februar, 22. Abonnementsvorstellung, 1. Quartal: Die Schweizerfamilie, Oper in 3 Aufzügen, von Weigl.

Todesanzeigen.

A.94. Karlsruhe. Auswärtigen Bekannten und Verwandten theilen wir die schmerzliche Nachricht mit, daß unser liebes, und unvergessliches Kind, Mathilde, in einem Alter von 7 Jahren 8 Monaten in Folge einer Gesichtstrostse den 14. d. M., Morgens 1 1/2 Uhr, sanft im Herrn entschlafen ist.
G. Leipheimer.
B. Leipheimer, geb. Wötkin.

A.54. Bruchsal. Mit der Bitte um stille Theilnahme theilen wir den entfernteren zahlreichen Freunden und Bekannten die höchst traurige Nachricht mit, daß unsere unvergessliche Gattin und Mutter Maria Anna Kathriner, geborne Heim, gestern Abend um 7 Uhr, zwei Tage vor ihrem 41. Geburtstag, nach mehrjährigen schweren Leiden sanft im Herrn entschlafen ist.
Bruchsal, den 14. Februar 1853.
Die tiefbetrübten Hinterbliebenen.

646. In der G. Braun'schen Hofbuchhandlung in Karlsruhe ist zu haben:
H. G. Arnold: Die Bereitung des Keims nach den neuesten Verbesserungen. Gründlicher Unterricht, alle Arten Keim, nicht nur

aus den verschiedenen Häuten und Ledern, sondern auch aus vielen andern thierischen Substanzen, sowohl im Kleinen als im Großen, auf die beste und vortheilhafteste Weise zu bereiten. Nebst Rathschlägen über die zweckmäßige Anlegung einer Keimfabrik. Zweite, verbesserte Ausgabe. Mit 1 Tafel Abbildungen. 8. geb. Preis: 54 fr.

Bekanntmachung.
Das Groß. Badische Eisenbahn-Lotterie-Anleihen zu 14 Millionen Gulden gegen 35 fl. Loose vom Jahre 1845 betr.
Die Ziehung derjenigen 50 Serien, welche die in der 29. Gewinnziehung des obigen Anlehens mitgespielenden 2500 Loosnummern bezeichnen, wird Montag, den 28. Februar d. J., Nachmittags 3 Uhr, im Ständehaus dahier öffentlich vorgenommen werden.
Karlsruhe, den 15. Februar 1853.
Groß. Bad. Eisenbahn-Schulden-Züligungs-Kasse.

Verloofungs-Anzeige.
Unterzeichnete läßt mit Genehmigung der Groß. Regierung des Unterherrschaftes seinen zum Meisterrück im Kococo-Styl gefertigten Kronleuchter ausstellen, und hat denselben hier im Saale des Bürgervereins ausgestellt, wo er den ganzen Tag über besichtigt werden kann. In dem ich noch zu zahlreichem Besuche ergeben einlade, füge ich noch bei, daß die Loose bei Herrn Widener Meyer neben dem Römischen Kaiser und im Bürgervereinsloftale à 30 fr. zu haben sind.
J. Daniel Otto, Zinngießer in Mannheim.
A.57. Karlsruhe.

Anzeige.
Von meinen **Nettigbonds**, welche täglich frisch bereitet, und sowohl en gros als en detail

abgegeben werden, habe ich dem Herrn **Rud. Krieger** in Freiburg den Verkauf daselbst übergeben, und sind solche fortwährend in bester Qualität bei demselben zu haben.
Karlsruhe, den 15. Februar 1853.

Wih. Becker, Konditor.
A.69.[42]. Karlsruhe.
Privat-Sammlung alter und neuer Del-Gemälde
aus der italienischen, niederländischen und französischen Schule.

Wir unterlassen es, eine ausführliche Beschreibung der einzelnen Gemälde zu geben, und beschränken uns darauf, die Kunstfreunde zu versichern, daß die Sammlung nur ausgezeichnete Meister enthält. Die Angabe der Meister ist genau richtig, und bei etwaigem Verkauf oder Tausch wird die strengste Gewissenhaftigkeit obwalten.

Gasthof zum Gebirgen in Karlsruhe.
A.88. (Zwilling'sch.) Ein mit den besten Zeugnissen versehenen Gärtner sucht sogleich einen Pflanz.

Zu erfragen Nr. 20 im Großen Zirkel in Karlsruhe.
962.[22]. Karlsruhe.
Offene Apotheker-Gehilfen-Stelle.

Ein routinirter solider Pharmazeut erhält auf 1. April eine passende Gehilfenstelle. Näheres auf frankirte Anfragen bei Apotheker Dr. Niegel in Karlsruhe.
A.33.[21]. Karlsruhe.
Offene Lehrlingsstelle.
In ein hiesiges Spezerei-Geschäft wird unter sehr annehmbaren Bedingungen ein junger Mensch in die Lehre gesucht. Näheres laßt unter frankirten Briefen die Expedition dieses Blattes.

963.[32]. Karlsruhe.
Offene Apotheker-Lehrlings-Stelle.

Ein mit den nöthigen Vorkenntnissen versehener junger Mann findet auf 1. April eine passende Stelle zur Erlernung der Apothekerkunst. Näheres auf frankirte Anfragen bei Apotheker Dr. Niegel in Karlsruhe.

Apotheker-Verkauf.
A.56.[31]. Im Oberpfeilsteine ist unter billigen Bedingungen eine Apotheke sammt Filiale aus freier Hand sogleich zu verkaufen. Näheres bei der Expedition dieses Blattes.

Biehmarkt.
A.106. Durlach.
Donnerstag, den 21. Februar d. J. wird in Durlach wieder Biehmarkt abgehalten. Zugleich werden an diesem Tage Mittags 11 Uhr von Seiten hiesiger Stadt zwei fetter Jarren öffentlich versteigert.
Durlach, den 15. Februar 1853.
Bürgermeisteramt.
Bahrer.

Eichenstämme-Versteigerung.
A.1.[22]. Rastatt.
Da der unterm 5. Februar d. J. abgefallenen Versteigerung von 33 Eichenstämmen die gemeinderäthliche Genehmigung versagt wurde, wird zur anderweitigen Versteigerung derselben Tagfahrt auf Dienstag, den 22. v. Mts., Vormittags 9 Uhr, anberaumt; was mit dem Anfügen bekannt gemacht wird, daß sich diese Eichenstämme größtentheils zu Pollanberholz eignen.

Die Zusammenkunft ist auf der Karlsruher Straße im Niederwald um bezeichneter Stunde.
Rastatt, den 11. Februar 1853.
Gemeinderath.
Hammer.
vdt. Wildemann, Rathschreiber.

